

## Nachrichten-Auslese im März 2008

hp, am, mr

### **Der türkische Ministerpräsident lädt Merkel nach Deutschland ein**

So lautet die Schlagzeile der FAZ auf Seite 1 am 13. März 2008. So weit ist es also jetzt schon gekommen! Erdogan hat diese Einladung bei einem Gespräch mit FAZ – Redakteuren ausgesprochen, er hat dabei auch [bedauert](#), daß die Bundeskanzlerin nicht mit ihm zusammen in der Köln-Arena aufgetreten sei.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichte die Ergebnisse einer Umfrage, nach der 85 Prozent der deutschen Staatsangehörigen türkischer Herkunft sich nicht von der Bundeskanzlerin vertreten fühlen. Von den in Deutschland lebenden Türken glauben 78 Prozent nicht, daß die Kanzlerin auch ihre Kanzlerin sei. Die hat aber gesagt, daß sie das sei! Das ist aber nicht die einzige Illusion der Kanzlerin, sie ist ja nur die oberste Repräsentantin einer hörigen Vollzugselite.

In dem FAZ - Gespräch antwortete Erdogan auch auf die Frage, gegenüber welchem Staat die 800.000 eingebürgerten Deutschen türkischer Abstammung loyal sein sollten. Er sagte „Im Grunde sollten sie gegenüber beiden (Ländern) loyal sein.“ Aus seiner Sicht bleiben also türkischstämmige mit deutscher Staatsangehörigkeit weiterhin türkische Bürger.

Wer angesichts dieser Fakten weiterhin die Zuwanderung und Integration betreibt, versündigt sich an seinem eigenen Volk! In geheimen Verhandlung<sup>1</sup> auf der sogenannten Islamkonferenz unter Leitung eines deutschen Innenministers werden den von der türkischen Politik gesteuerten Islam-Verbänden Zugeständnisse gemacht, obwohl man weiß daß die zugewanderten sich nicht integrieren wollen und daß die türkische Politik diese Integration als [Assimilation](#) und als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet.

Das kann nicht gut gehen. Das wird noch sehr üble Folgen haben! Wir wissen alle, wer die Verantwortung für diese Entwicklung hat.

### **Die Reallöhne sinken, die Überstunden steigen**

Uns geht's allen gut, die Globalisierung macht uns alle reicher. Diese unverschämte Lüge müssen wir uns täglich anhören.

Die Zahl der geleisteten [Überstunden](#) ist im vergangenen Jahr um gut 5 Prozent auf 1,477 Milliarden gestiegen. Dabei handelt es sich um bezahlte Mehrarbeit der rund 35,5 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland. Von den unbezahlten Überstunden ganz zu schweigen.

Und trotzdem war der Anstieg der [Durchschnittsverdienste](#) der deutschen Arbeitnehmer niedriger als die Inflation. Die Bruttodurchschnittsverdienste 2007 sind um 1,4 Prozent auf 27.083 Euro zu. Die Jahresteuersatzrate betrug dagegen nach neuesten Berechnungen 2,3 Prozent. Doch welches Ergebnis käme zustande, wenn man die Nettoeinkommensverdienste berücksichtigte? Vom Bruttolohn müssen ja noch die Steuern und Sozialabgaben abgezogen werden? Die Interessengemeinschaft der medialen Lügner sieht keine Veranlassung solche negative Fakten zu benennen.

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.03.2008 Seite 1.

Mit welchen Tricks werden sie versuchen, die ansteigende Inflation und die zunehmende Arbeitslosigkeit des Jahres 2008 zu vertuschen?

### **Die Spekulationsgeschäfte brechen weg**

Den Spekulanten sind im letzten Vierteljahr 2007 die Mittel ausgegangen. Natürlich war es üblich geworden, die Spekulationen mit Krediten zu finanzieren. Doch jetzt haben die Banken infolge der Finanzmarktkrise keine Mittel mehr für solche Geschäfte übrig. Sie waren alle froh, daß ihnen die Notenbanken mehrfach in dreistelliger Milliardenhöhe die Mittel zusteckten, die ihnen das vorläufige Überleben sicherten.

Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wurden bei Transaktionen im Wert von 353 Billionen Euro um 21 Prozent weniger Derivate wie Zins- und [Indexfutures](#) und Optionen gehandelt.

### **Die Verluste der deutschen Banken**

Nach Schätzungen der Ratingagentur [Standard & Poor's](#) ist der Gewinn 16 großer deutscher Banken im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Jahres um rund 80 Prozent auf 3 Milliarden Euro gefallen. Das ist in absoluten Zahlen ein Betrag von 12 Mrd. Euro. Die können auch nicht ausgegeben werden. Und das soll die realen Wirtschaftsabläufe nicht beeinträchtigen?

Das zumindest behaupten die von der Politik bezahlten Ökonomen in Deutschland.

### **Die Finanzmarktkrise ist bei den Hedgefonds angekommen**

Von der Finanzmarktkrise schienen die Hedgefonds bisher verschont geblieben zu sein. Jetzt muß die FAZ feststellen: „Später als erwartet, aber mit Wucht drohen die mit extremen Schuldenhebeln arbeitenden Hedgefonds in Nöte zu geraten“.

**„Und dieses Mal scheint die Angst vor einer [Systemkrise](#) berechtigt.“<sup>2</sup>**

Und 4 Tage danach kam die erste Katastrophenmeldung: Der Fonds [CCC](#) der US-Beteiligungsgesellschaft Carlyle kann seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Die Aktie war am Freitag den 07. März von der niederländischen Börsenaufsicht aus dem Handel genommen worden, weil sie über 50% an Wert eingebüßt hatte. Als sie am Dienstag wieder zugelassen wurde, brach sie nochmals um 30% ein. Am 13. März wurde bekannt, daß der CCC-Fonds [kollabiert](#) ist.

Zahlungsunfähig! Die Wertpapiere, die er verwaltet, werden jetzt an die Banken abgegeben, die Kredite an CCC gegeben hatten. Die Deutsche Bank ist auch mit insgesamt 1,7 Mrd. Euro dabei. Insgesamt handelt es sich um die Summe von 15 Mrd. Euro. Die Geschäftsbanken werden eine Menge davon abschreiben müssen. Das Abschreibungs- und Verluste- Kartell dreht sich munter weiter. Mit Liquiditätsengpässen hat das schon lange nichts mehr zu tun. Die können von den Notenbanken mit großzügigen Geldspritzen überbrückt werden. Jetzt müssen aber die Verluste bei den Banken und Finanzinvestoren ausgeglichen werden. Und die werden immer größer. Die Spekulation frißt jetzt doch ihre Kinder.

Die US-Bank [Citigroup](#) muß sechs ihrer Hedge-Fonds mit einer Finanzspritze von insgesamt 1 Milliarde Dollar stützen<sup>3</sup>. Die Gelder sind in Kommunalobligationen angelegt, die infolge der Finanzmarktkrise erheblich an Wert eingebüßt haben. Das

---

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.03.2008 Seite 22.

<sup>3</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.03.2008 Seite 21.

Anlagevolumen der Hedgefonds beträgt 15 Milliarden Dollar. Die Anleger wollen ihr Geld zurück haben. Schon im Februar hatte die Citigroup Anlegern eines auf Unternehmensanleihen spezialisierten Fonds die Rückzahlung verweigert. Auch dieser Fonds hatte erhebliche Werteinbußen erlitten.

### **Blackstone – Verluste durch die Finanzmarktkrise**

Im 4. Quartal 2007 mußte das US-Beteiligungsunternehmen „[Blackstone](#) Group“ einen Verlust von 170 Mio. Dollar verbuchen. Im 4. Quartal des Vorjahres war noch ein Gewinn von 1,2 Mrd. angefallen. Der Absturz beträgt also insgesamt 1,3 Mrd. Dollar und für die Zukunft sieht der Vorstandsvorsitzende Stephen Schwarzman keine Besserung.

Im Juni 2007 war Schwarzman mit seinem Unternehmen an die Börse gegangen. Seitdem ist der Kurs der Aktien um 60% eingebrochen.

### **Die Hypo Real Estate – Aktie bricht ein**

Der Kurs der HRE - Aktie brach am Montag um 13,5 Prozent auf 14,35 Euro ein. Bereits Mitte Januar hatte die Bank überraschend mitgeteilt, 390 Millionen Euro auf ein amerikanisches Wertpapierportfolio abschreiben zu müssen. Daraufhin hatte die HRE - Aktie den höchsten Tagesverlust in der Geschichte des deutschen Aktienindex (Dax) erlitten und ein Drittel ihres Werts eingebüßt.

Der Vorstandsvorsitzende Georg Funke hatte zuvor monatelang beteuert, die HRE sei nicht von der Kreditmarktkrise betroffen.

### **Symbol des Niedergangs der amerikanischen Hegemonie**

„Die [erschreckende](#) Schwäche des Dollar wird vielleicht eines Tages in den Geschichtsbüchern als Symbol des Niedergangs der amerikanischen Hegemonie in Wirtschaft und Finanzen vermerkt werden.“<sup>4</sup>

### **Die Verluste der Wall Street Banken hinterlassen ihre Spuren**

In Deutschland verbreiten die zuständigen Politgrößen in den Staatsämtern die Parolen von einer robusten Wirtschaft, der die Finanzkrise nur wenig antun könne. Man redet sich diese Hoffnung aus den Zahlen der Vergangenheit ein. Doch die Auswirkungen der Krise können sich naturgemäß erst in der Zukunft zeigen. In den USA passiert das Gleiche, doch die USA haben einen zeitlichen Vorsprung. Wir können uns schon einmal informieren, was bei uns in einigen Wochen passieren wird.

Anfang März sagte die Stadtkämmerin von New York, Ronnie [Lowenstein](#), die Finanzkrise werde in New York „kurz und milde“ sein und maximal 2000 Arbeitsplätze kosten. Nach der schlagartigen Auslöschung der US-Traditionsbank Bear Stearns, die allein mindestens 7.000 Arbeitsplätze kostet, klang das 14 Tage danach ganz anders:

„Die Bedeutung der Finanzindustrie für die New Yorker Wirtschaft kann nicht unterschätzt werden.“ Die New - Yorker Bankenwelt zahlt fast ein Viertel aller Gehälter in der Weltstadt und 27% aller Gehälter. Allein für die Monate Januar und Februar hat die Unternehmensberaterfirma Challenger, Gray & Christmas, die Streichung von 12.700 Arbeitsplätzen gezählt. Insgesamt haben die New Yorker Banken seit Anfang August 34.000 Bankarbeitsplätze gestrichen<sup>5</sup>.

---

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.03.2008 Seite 1.

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.03.2008 Seite 17.

New York wird entsprechend weniger Steuereinnahmen haben. Das wird in Deutschland nicht anders sein. Die Verluste der deutschen Finanzinstitute sind im Verhältnis zu den US-Banken nicht geringer.

### **Stärkere Kontrolle der Finanzinstitute durch Staatsaufsicht?**

In USA ist man nun der Ansicht, daß die staatliche [Aufsicht](#) über die Finanzmärkte stärker reguliert werden müßte, um Krisen wie die jetzige in Zukunft zu vermeiden. Es geht dabei in erster Linie um die Kontrolle der Gestaltungsmöglichkeiten bei den neuen Finanzprodukten, die man gerne als hochkomplizierte Finanzprodukte bezeichnet.

Henry Paulson, der jetzige US-Finanzminister und ehemalige Investmentbanker, formulierte sein Pflichtenheft wie folgt: „Die Regulierung muß Schritt halten mit der Innovation und einen Beitrag zum Vertrauen der Investoren leisten; aber wir dürfen nicht so weit gehen, daß wir neue Probleme schaffen, unsere Märkte weniger effizient machen oder jenen Kredite verwehrt werden, die sie benötigen“.

Das allerletzte Mittel staatlicher Intervention zur Beendigung der Finanzmarktkrise lehnen die Notenbanken von USA und England momentan noch ab. Es wäre der Aufkauf der wertlos gewordenen Wertpapiere durch die Notenbanken selbst. Diese Aufgabe sollten, wenn sie wirklich notwendig würden, direkt von den Finanzministerien übernommen werden.

Schließlich sollten die Steuerzahler in allen Ländern wissen, daß die Gewinne in kapitalistischen Volkswirtschaften in die Taschen der FinanzspekulantInnen wandern, die Verluste aber dann sozialisiert werden müssen, um das System vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

### **Versicherungen von Finanzmarktkrise nicht tangiert?**

Die deutsche [Assekuranz](#) schätzt ihre unmittelbaren Risiken in der Finanzkrise als gering ein. Deutsche Versicherer seien von der amerikanischen Hypothekenkrise bisher nicht betroffen, sagte Bernhard Schareck, Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft. Von den 690 Milliarden Euro Kapitalanlagen der Lebensversicherer entfielen nur 1,7 Prozent auf Kreditverbriefungen.

Diese 1,7% sind allerdings in absoluten Zahlen ausgedrückt 11,73 Mrd. Euro. 0,6% (4,14 Mrd. Euro) davon sind in hochverzinsten, riskanten Anleihen angelegt. 0,5% der gesamten Kapitalanlagen (3,25 Mrd. Euro) sind in Hedgefonds angelegt und 0,4% (entspricht 2,76 Mrd. Euro) in Beteiligungsgesellschaften.

Doch die Versicherungen, insbesondere die Lebensversicherungen haben die Prämienzahlungen auch in Aktien angelegt, und die sind seit Jahresbeginn 2008 erheblich gefallen. Angeblich betrage der Aktienanteil nur 10% (69 Mrd. Euro) der Gesamtkapitalanlagen.

Bei dieser Aufzählung stellt sich die Frage, wie die Lebensversicherungen die übrigen 85% des gesamten Prämienaufkommens angelegt haben?

### **Die Finanzmarktkrise erfaßt die realen Wirtschaftsabläufe**

Die FAZ hat alle öffentlich angekündigten Personalstandsveränderungen von mehr als 100 Stellen [ausgewertet](#) und muß feststellen, daß die Zahl der geplanten Arbeitsplatzstreichungen die Zahl der neuen Arbeitsplätze übersteigen wird. Im ersten Quartal dieses Jahres haben deutsche Großunternehmen angekündigt, knapp 40.000 Stellen in den kommenden Monaten streichen zu wollen. Dem steht die geplante Schaffung von nur noch 23.000 neuen Stellen gegenüber. Nettoeffekt also – 17.000.

Es steht völlig außer Frage, daß die Arbeitslosigkeit im Jahr 2008 wieder ansteigen wird. In der Politik sieht man das ganz anders:

Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Bernt Rürup und der DGB-Vorsitzende Sommer sind der Meinung, daß Vollbeschäftigung möglich sei. Wirtschaftsminister Glos (CSU), sagte, daß Deutschland „auf dem besten Weg zur Vollbeschäftigung“ sei.

(Auszüge aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.03.2008 Seite 1.)

## **Kapitalexporte**

Die deutschen Unternehmen haben 2007 so viel im Ausland [investiert](#) wie noch nie. Es waren 122,5 Milliarden Euro. Das waren rund 47 Milliarden Euro mehr als 2006. Das Geld floß vor allem in die Niederlande (25,5 Milliarden Euro), die Vereinigten Staaten (16 Milliarden), nach Großbritannien (14 Milliarden) und in die Schweiz (13 Milliarden).

Der Standort Deutschland verlor dagegen an Attraktivität: Die ausländischen Direktinvestitionen schrumpften um 7 auf 44 Milliarden Euro.

Eine wichtige Frage beantwortet diese Statistik nicht. Nämlich wieviel Gewinn die deutschen Kapitalanleger im Ausland verdienen (Post, Daimler, Adidas etc.) und wie hoch die Rendite der internationalen Kapitalanleger in Deutschland ist.

## **Verkauf des Stromnetzes an das internationale Kapital**

Der Energiekonzern Eon, der auf Druck der Europäischen Kommission sein [Übertragungsnetz](#) veräußern will, plant angeblich die Gründung einer Netz AG. Doch warum will EON sein Stromnetz auf einmal von sich aus verkaufen?

Vordergründig, weil die EU-Wettbewerbskommission den Wettbewerb fördern will und EON den drohenden EU-Geldstrafen entgehen wollte? Oder will die EON – AG, die ja bekanntlich mit rund 60% in ausländischem Eigentum ist, auf diese Weise weiteres Produktivkapital an ausländische Kapitaleigentümer übertragen? Will man den in der Finanzmarktkrise geschädigten Finanzinvestoren die Gelegenheit geben, an den üppigen Gewinnen der Energieerzeuger in Deutschland teilhaben zu können?

Interessant ist auch, daß die EU-Wettbewerbskommission und das Deutsche Kartellamt, die beide vorgeben, Monopole zu verhindern und den Wettbewerb fördern zu wollen, sich in ihrem Eifer gegenseitig behindern. Das Bundeskartellamt will niedrigere Strompreise erzwingen, weil die großen Energieerzeuger die Preise in gegenseitiger Absprache erhöht haben. Gegen die vier großen Stromanbieter ermittelt es deshalb wegen unerlaubter Preisabsprachen. Um überhöhte Preise für die Stromdurchleitungen zu verhindern, verlangt die Bundesnetzagentur einen Kostennachweis zur Rechtfertigung von Strompreissteigerungen. Die Gewinnaufschläge auf die nachgewiesenen Kosten will die Agentur permanent senken, um die Monopolgewinne zu beschneiden.

Wie aber soll das internationale Kapital, mit dessen Hilfe die EU-Wettbewerbskommission vorgibt Wettbewerb und niedrigere Preise erzwingen zu wollen, an einem Kauf interessiert sein, wenn der Staat niedrige Preise vorschreibt? Da müßten doch die Gewinne aus dem Stromnetz ausreichend hoch sein? EU-Kommission und Bundeskartellamt verfolgen also vordergründig das gleiche Ziel, doch wer die Gewinne reduziert, verhindert den Kauf durch internationale Investoren. Wer das internationale Kapital zum Kauf deutscher Übertragungsleitungen animieren möchte, der müßte ihnen hohe Gewinne erlauben.

Nun darf man gespannt sein, wie die beiden Organisationen, die angeblich das gleiche Ziel verfolgen, ihren Interessenkonflikt bereinigen werden?

## **Deutsche Post steht zu ihrem USA-Verlustgeschäft**

Die Deutsche Post kommt bei der [Sanierung](#) ihres Expressgeschäftes in den Vereinigten Staaten voran. „Wir stehen kurz vor einer Lösung und werden sie im Mai vorstellen“, sagte der neue Vorstandschef Frank Appel. Der amerikanische Markt bleibe ein fester Bestandteil der Wachstumsstrategie; ein Rückzug komme nicht in Frage.

Die Deutsche Post will in den kommenden Jahren den allergrößten Teil ihrer klassischen Eigenfilialen mit vollem Angebotssortiment schließen und in Partnerfilialen im Einzelhandel umwandeln. Sie [betreibt](#) noch 800 Filialen in Deutschland. Davon wird sie nochmals 700 schließen.

Es heißt Kosten einsparen. Schließlich müssen die Verluste in USA ausgeglichen werden und trotzdem soll ja die Rendite steigen, damit die geplagten Kapitalanleger nicht zu kurz kommen. Früher war die Post einmal ein Versorgungsbetrieb. Ihr oberstes Ziel war die störungsfreie Versorgung von Unternehmen und Haushalten. Die Gewinne mußten nicht übermäßig hoch sein, so wie heute. Sie kamen dem Staat zu gute. Der brauchte nicht so viel Steuern erheben wie heute.

Das gibt es alles nicht mehr in Zeiten der Globalisierung. Jetzt geht es uns allen besser. So schreibt das die FAZ und die anderen Medien.

## **Privatisierung oder Renationalisierung?**

Wenn schon, dann sprechen sie lieber von Rekommunalisierung (Die Linke). Das Wort Nationalisierung scheuen sie, wie der Teufel das Weihwasser. Doch an den Fakten werden sie nicht vorbeikommen. Der Bund will sich jetzt mit einer [Sperrminorität](#) wieder an der Bundesdruckerei beteiligen. Vor sechs Jahren hat er die eigene Bundesdruckerei privatisiert.

Langsam scheint die Einsicht in der Politik zu wachsen, daß die bedingungslose Forcierung der Privatisierungen ein großer Fehler war.

## **Wozu wählen wir eigentlich noch?**

Wozu wählen wir eigentlich noch, wenn die EU-Kommission bestimmt was in Deutschland zu geschehen hat? Die Europäische Kommission schaltet sich in den deutschen Streit über den [Postmindestlohn](#) ein. In einem Schreiben an Wirtschaftsminister Michael Glos fragt EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy, wie die Bundesregierung „unter diesen Umständen einen umfassenden und fairen Wettbewerb auf dem deutschen (Post-) Markt gewährleisten“ möchte!

Auch die [Mehrwertsteuerbefreiung](#) der Deutschen Post ist der Brüsseler Kommission ein Dorn im Auge. Sie verlangt, daß die Bundesregierung das Steuerprivileg der Post beendet.

## **Der Transrapid zum Münchner Flugplatz wird nicht gebaut**

Die technische Entwicklung stagniert. Sowohl bei der Atomenergiegewinnung als auch bei der Verkehrsentwicklung wird Deutschland die Maßstäbe der künftigen Entwicklung nicht mehr bestimmen. Unsere Zukunft liegt hinter uns. Wir machen unsere Energie mit Windmühlen. Die ist nicht konkurrenzfähig. Wir werden sie bald nicht mehr bezahlen können. In 100 Jahren werden die Deutschen dann die Ziegenhirten Europas sein. Da werden auf deutschem Staatsgebiet sowie kaum noch Deutsche leben.

Unfähige Politik, unfähige Großindustrie gestalten unsere Zukunft. Innerhalb von 4 Monaten haben sich die Kosten des Transrapid – Baues verdoppelt, von 1,85 Mrd. auf

3,4 Mrd. Euro. Ein Planungsskandal, der seinesgleichen sucht. Die Bayern LB muß mittlerweile eingestehen, Verluste von 4 Mrd. Euro im US-Wertpapiergeschäft erlitten zu haben. Die Verluste können noch größer werden, die internationale Finanzmarktkrise ist noch lange nicht beendet. Allein der Staat Bayern und die Bayerischen Sparkassen hätten damit den Transrapid bauen können und danach blendend an ihm verdient.

Die Eliten in Politik und Wirtschaft zeigen katastrophale Leistungen. Doch keiner nennt Roß und Reiter und zieht sie zur Verantwortung.

### **Rußland hat ausreichend Devisenreserven**

Die russischen Währungs- und [Goldreserven](#) belaufen sich derzeit auf über 500 Milliarden Dollar und sind damit nach den chinesischen und japanischen Reserven die drittgrößten.

Die derzeitige Finanzkrise setzt den Rubel nicht unter Druck. Im Gegenteil, der Außenwert stieg in der vergangenen Zeit gegenüber dem Dollar. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Rubel gegenüber dem Dollar um etwa 7 Prozent an Wert gewonnen.

Die russische Zentralbank verfolgt nicht ein System völlig flexibler Wechselkurse, sondern eine legt den Außenwert des Rubels anhand eines Währungskorbes fest. Der Währungskorb besteht zu 55 Prozent aus Dollar und zu 45 Prozent aus Euro.

Da die Exportüberschüsse aus Öl- und Gasexporten den USA nicht weh tun hat man die Russen mit dem Vorwurf unfairer und manipulierter Wechselkurse - im Gegensatz zu China - bisher verschont.